

Roland Brauckmann
Christoph Bunzel

Rückblick.

Die evangelische Kirche
des Görlitzer Kirchengebietes,
die Einflußnahme des MfS
und der DDR-Staat
1970 - 1994

Viadukt Verlag Görlitz 1995

Neuaufgabe **2023**:
Michael Prochnow (Hrsg.)
Jürgen Hoppmann (Layout)

Für die freundliche Unterstützung, durch die diese Publikation zur jüngsten Vergangenheit erst möglich wurde, bedanken wir uns bei:

Den Mitarbeitern des Sächsischen Landesbeauftragten für die Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes der DDR.

Den Mitarbeitern des BStU in Berlin, Frankfurt/Oder und Dresden, Herrn Rüdiger Stang, Frau Kopka, Frau Christa Schulz, Frau Breitmoser sowie Herrn Gottfried Zimmermann.

Den Mitarbeitern des Sächsischen Hauptstaatsarchivs Dresden und Leipzig, Frau Malek, Frau Weißbach und Frau Petrasch.

Den Mitarbeitern des Evangelischen Zentralarchivs in Berlin.

ISBN 978-940-370651-1

© 2023 VIADUKT-Verlag Michael Prochnow, Görlitz

Publishing Bookmundo, ein Service von Mijnbestseller Nederland B.V.

Layout Jürgen G.H. Hoppmann unter Verwendung des Fotos

"Görlitz, Blick auf die Altstadt, Kirche" von Ulrich Häsler

Wikimedia Commons CC-BY-SA 3.0, Bundesarchiv 183-1988-1221-015

Dieses Buch erschien erstmal 1995 im VIADUKT Verlag unter dem Titel "Rückblick. Die Görlitzer Kirche und das MfS. Die evangelische Kirche des Görlitzer Kirchengebietes, die Einflussnahme des MfS und der DDR-Staat 1970-1994", ISBN 3-929872-11-5.

Ein Kontakt mit den Autoren Roland Brauckmann und Christoph Bunzel konnte auch unter größten Bemühungen nicht hergestellt werden, ihr Einverständnis für die Neuauflage wird vorausgesetzt.

Das Werk, einschließlich seiner Teile, ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig. Dies gilt insbesondere für die elektronische oder sonstige Vervielfältigung, Übersetzung, Verbreitung und öffentliche Zugänglichmachung. Detaillierte bibliografische Informationen sind in der Deutschen Nationalbibliothek abrufbar.

Wie dem Text zu entnehmen ist, wurde bis wenige Tage vor dem Erscheinen des Buches am Text gearbeitet. Dadurch sind leider zahlreiche Rechtschreibfehler bei der Textfassung entstanden und nicht mehr korrigiert worden.

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Eintragsaufnahme

„Rückblick. Die ev. Kirche des Görlitzer Kirchengebietes, die Einflussnahme des MfS und der DDR-Staat 1970 - 1994.“ Hrg. von Roland Brauckmann und Christoph Bunzel. Mit einem Nachwort von Pf. Gottfried Zimmermann.

Görlitz: Viadukt-Verlag Nov. 1995; ISBN 3-929872-11-5

NE. Brauckmann: Görlitzer Kirche. MfS <1970 - 1994>

ISBN 3-929872-11-5

Bestellungen: über den örtlichen Buchhandel oder

Viadukt-Verlag M. Prochnow, Demianiplatz 28, 02826 Görlitz

Fotos: Pf. H.-D. Haemmerlein

Textfassung und Layout: R. Brauckmann

Printed in Germany

Inhaltsverzeichnis

Vorwort von Christoph Bunzel	5
Vorwort von Roland Brauckmann	7
1. KAPITEL Zwischen Nationalsozialismus und Sozialismus	19
1948 „Wir haben die Menschen mehr gefürchtet als Gott!“	19
1957 „Fränkel will den Atomtod für das deutsche Volk!“	23
1966 „Nötigung des Gewissens“ Der Einmarsch in die CSSR	26
1969 IM „Winter“ wird eingeschleust und beschämt	26
1969 Der „Eckstein“ des Staates: Erste Vertraulichkeiten	27
2. KAPITEL Steuerungsversuche der ev. Kirchenpolitik mit IM	32
1970 Vertrauen zum Staat qualifizierte für den Geheimdienst	32
1970 Ein Vergleich von Anwerbungsgesprächen 1970/75/79	32
1972 Theologische Angriffe und Schürung von Mißtrauen	36
1970 Zum Beispiel: Der Konsistorialrat und IMF „Stein“	38
1971 Kontaktgespräche bei Gebäck und Apfelstücken	41
1973 Richtlinien des Bischofs Fränkel bei MfS-Kontakten	45
3. KAPITEL Bischof Fränkels Menschenrechtsbegriff	48
1973 „In Tyrannus!“ Die Situation in der Bevölkerung	48
1973 Die öffentliche Verantwortung der Kirche in der DDR	49
1973 Fränkel: „Was haben wir aus dem Kirchenkampf gelernt?“	50
1974 Isolierung Bischof Fränkels nach der Annenkirchen-Rede	53
1977 Die Wende des Bischofs	56
1978 Der Gesprächskanal zum MfS wird ausgebaut	58
1978 Vertrauensbildung durch den Staatssicherheitsdienst	59
1979 Wehrkundeunterricht: Die Verhaftung von Uwe Reimann	60
1979 Sympathiebekundungen junger Christen im Gerichtssaal	63
1980 IM „Werner“ schreitet gegen ‚negative Erscheinungen‘ ein	67
4. KAPITEL Wehrkunde oder Bruderschaft?	71
1978 Der ‚Burgfrieden‘ zwischen Staat und Kirche	71
1977 Bischof Fränkels ‚geordnetes Verhältnis‘ zum Staat	72
1977 „DDR-Recht ist nicht gleich Menschenrecht!“	73
1979 „Wehrunterricht ist Verteidigungsbereitschaft für Frieden!“	76
1979 Dr. Wollstadt: „Die Kirche muß anders reden als der Staat“	79
5. KAPITEL Bischof Wollstadts „Weise uns, Herr, deinen Weg!“	81
1979 Bischofswahl und folgenlose Dekonspirationen	83
1979 Der Irrtum: „Das MfS bearbeitet nicht (mehr) die Kirche“	85
1980 Bischof Wollstadt informiert ‚seine Brüder‘ in der KL	87
1978 Theologen im Kreis Weißwasser gegen Wehrunterricht	89
1979 „Der Vorrang des Gewissens gegen das Gesetz“	91
1978 „Wacht endlich auf!“ Pfarrerselbstmorde in Sachsen	96
1980 Kampf um „Sozialen Friedensdienst“ und Schulordnungen	100
1981 Zurückdrängung des SoFd im Kreis Weißwasser	102
1981 Görlitzer Synoden für „Schwerter zu Pflugscharen!“	104

6. KAPITEL Das ‚vertrauensvolle Verhältnis‘ zur Diktatur	108
1984 Das Ende der ‚Räterepublik‘ im Konsistorium	108
1985 Bischofswahl: „Stolz und Genugtuung realistischer Kräfte“	111
1986 OKR Völz riet (noch) von MfS-Gesprächen ab	113
1986 Das MfS sicherte den Bischof Dr. Rogge	114
1987 Das ‚Heilige Grab‘ wird gerettet	117
1988 "Erich Honecker macht es der Kirche leicht!"	120
1988 Kampf um die Kirchengebäude in Braunkohledörfern	123
1988 ‚Fanale der Hoffnung‘: Die Rettung von Deutsch-Ossig	124
7. KAPITEL Bischof Rogge ‚bindet staatskritische Kräfte‘	129
1985 Die MfS-Registrierung des Bischofs	129
1986 Rückführung IM „Friede“, Zurückdrängung, Neutralisierung	130
1986 Pf. Havenstein störte im ‚vertrauensvollen Verhältnis‘	133
1987 Schutz und Unterstützung für die CFK-Tagung in Görlitz	136
1988 „Eine offensive Maßnahme zur Einflußnahme auf Kirchen“	137
1988 Konziliarer Prozeß und Ausreiseanträge	141
1988 Dr. Rogge: „Ich mische mich nicht ein!“	144
1989 Ein Kristallservice für den Bischof	149
1989 Unterlagen zu IM in Schlüsselpositionen wurden vernichtet	152
8. KAPITEL Stiller Einsatz im Diakonischen Werk	153
1984 Krippenerzieherinnen schießen nicht	153
1985 Offene Jugendarbeit: Der Teekeller Görlitz	154
1986 „Volksvertreter-Volksverräter!“ Verhaftung Ralf Rudows	158
1986 IM „Astrid“ und der ‚vorkommnisfreie Zustand‘	160
1986 Tauziehen um die Auftritte Krawczyks und Freya Kliers	162
1988 Hoyerswerda: Die Basisgruppe der ‚Solidarischen Kirche‘	163
1988 Ausreiseantragsteller besetzen die Kirchentagsforen	165
1989 ‚Stilles Zusammenwirken‘ mit Modrow zu Ausreisefragen	167
1990 Fortwirkende Interessen	169
9. KAPITEL Die Görlitzer Überprüfungsdebatte	171
1992 Weitgehende Täterfürsorge	171
1992 „Keine Beweise für IM-Tätigkeit im Sinne des MfS!“	172
1993 Die Verhinderung der Regelüberprüfung	173
1994 Theologie der ‚Vorauselenden Versöhnungsbereitschaft‘	176
1995 Die Tätigkeit des Überprüfungsausschusses	177
1995 Keine Wahrnehmung der Opferperspektive mehr	179
Nachwort von Pastor Gottfried Zimmermann	181
Biografien der Autoren	189
Materialregister und Archive	191
Abkürzungsverzeichnis	196
Faksimile	197
Fotos der Zeitzeugen	

Vorwort von Christoph Bunzel

„Herr, bin ich's?“

Mit dieser angstvoll gestellten Frage reagierten die Jünger auf Jesu Ankündigung: „Einer unter euch wird mich verraten!“. „Herr Bunzel, bin ich es?“ beschworen mich mehrmals Mitglieder des Konsistoriums 1991 nach meiner Ankündigung, wenigstens einen Inoffiziellen Mitarbeiter (IM) aus dem Konsistorium namentlich benennen zu können. Die gesamte Kirchenleitung versuchte in einem zweistündigen Gespräch, mir diesen Namen abzutrotzen. Dagegen erkannten viele Synodale mein eigentliches Anliegen, mit der Aufarbeitung der Vergangenheit endlich zu beginnen, und unterstützten alle darauf gerichteten Aktivitäten.

An der Fragestellung der Titelzeile ist jedoch in der Evangelischen Kirche der schlesischen Oberlausitz die Regelüberprüfung 1993 gescheitert. Bischof, Konsistorialräte, Superintendenten und Pastoren argumentieren immer wieder, daß ja *alle* Gespräche mit staatlichen Stellen, mit oder ohne Auftrag, geführt hätten und deshalb bei *jedem* die Gefahr bestanden hätte, vom MfS abgeschöpft worden zu sein. Die vorgebrachten Gegenargumente, daß das DDR-Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in seinen Akten sehr wohl Opfer und Täter zu trennen wußte und ein IM an Kriterien wie Kenntnisnahme des Decknamens und vor allem Konspiration (Vertraulichkeit) zu erkennen ist, halfen nichts. Die Sorge, daß sich hinter den Gesprächspartnern „staatlicher Stellen“ auch Mitarbeiter des MfS verborgen haben könnten, war nicht auszuräumen. Dabei hatten gerade die Mitarbeiter des MfS immer besonderen Wert darauf gelegt, den Dienstherren deutlich gegenüber dem Gesprächspartner herauszustreichen.

Das MfS war in der DDR eine feste Größe, mit der jeder Bürger umzugehen wußte. Ebenso wußte jeder, wie er seinen Umgang mit staatlichen Stellen zu gestalten hatte. Um so peinlicher berührt sind wir beim Lesen der folgenden Kapitel, wenn geachtete kirchenleitende Persönlichkeiten mit dem Stadtrat für Inneres das vertraute „Du“ pflegen oder sich in heimischer Atmosphäre freundlich plaudernd zusammensetzen, wohl wissend, daß im Büro des Staatsfunktionärs Familien getrennt, Eigentum verhökert und Menschen zerbrochen werden.

Die Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit durch einen Ausschuß der Provinzialsynode der Evangelischen Kirche der schlesischen Oberlausitz war für mich ein zentrales Anliegen. Starke Kräfte haben aber durch das Ausnutzen aller Möglichkeiten diese Form der Aufarbeitung immer wieder mit Erfolg verhindert. Ich denke da besonders an den von OKR Dr. Kühne gehaltenen, gut vorbereiteten Redebeitrag innerhalb der Abstimmungsphase auf der Synode 1992. Eine noch viel schlimmere Wirkung hatte der Antrag des Direktors des Diakonischen Werkes. Er beantragte auf der Herbstsynode 1992, die Regelüberprüfung durch den theologisch-liturgischen Ausschuß auf seine Übereinstimmung mit der Heiligen Schrift hin prüfen zu lassen. Auch nachdem der Ausschuß diese Bedenken nicht bestätigen konnte, wurden die damals abstimmungs- und mehrheitsfähigen Vorlagen durch den Präses der Synode nicht wieder vorgelegt. Das

Gewicht des damaligen Antrages fällt heute dem Antragsteller auf die Füße, nachdem die Art seines Decknamens bekannt wurde. So schließt sich ein unheilvoller Kreis: IMS „Astrid“, zeitweise zur Einflußnahme durch das MfS genutzt, wirkte damit lange nach der Auflösung des „Schild und Schwert der Partei“ noch fort. Seine Selbstenttarnung 1992 durch Akteneinsicht von Propst Falcke hatte bis jetzt für ihn keinerlei Konsequenzen. Nach wie vor ist er Direktor des Görlitzer Diakonischen Werkes. Mit ihm arbeitet der ehemalige Superintendent von Görlitz: Friedemann Gerlach hatte das „Pech“ der frühen Enttarnung als IMB „Friede“, da er nach 1989 ein Amt im öffentlichen Dienst der Görlitzer Stadtverwaltung übernommen hatte. Seine IM-Tätigkeit stellte damals für die neue Stadtverwaltung und die evangelische Kirche eine große Belastung dar. Auf Anregung des Direktors des Diakonischen Werkes kam es mit ihm, Herrn Gerlach und mir als Mitglied des städtischen Ehrenrates 1992 zu mehreren Gesprächen mit dem Ziel der Schadensbegrenzung. Damals wußte ich nicht, daß ich mit zwei IM's an einem Tisch saß. Unbegreiflich ist für mich im konkreten Fall dieser zwei Personen das Messen mit zweierlei Maß.

Partner für einen Dialog im Rahmen der Evangelischen Kirche der schlesischen Oberlausitz sind weder in der Synode noch im Konsistorium mehr zu finden. Alle auftauchenden Belastungsfälle werden an den Vorprüfungsausschuß der EKD in Hannover zur Bewertung verwiesen. Selbst mit dieser Prüfung erklären sich nicht alle Belasteten, wie Altbischof Dr. Rogge, einverstanden. Bei allem Respekt gegenüber dem ehrlichen Bemühen dieser Institution sind die Aussagen zu Be- oder Entlastungen natürlich immer angreifbar. Sind wir als Kirche wirklich nicht in der Lage, eine Akte zu lesen, Zeitzeugen zu hören, Auswertungen vorzunehmen, zu einer Meinung zu kommen und diese nach außen zu vertreten? Die Delegation einer Verantwortung bis nach Hannover, die eigentlich vor Ort wahrgenommen werden kann, wird vor den Gemeinden nur schwer zu erklären sein. Sie ist aber letztlich eine Folge der Verweigerungshaltung gegenüber unserer jüngsten Vergangenheit.

Das Alte Testament und ein Buchtitel aus der DDR signalisierte mir die auch im Blick auf meine Kirche hoffnungsvolle Botschaft:

„Gott schreibt auch auf krummen Linien gerade!“.

Christoph Bunzel

*„Tue deinen Mund auf für die,
die ohne Stimme sind!“*

Vorwort von Roland Brauckmann

Unser Leben mit der Lüge

Der evangelischen Kirche in der DDR, zwischen 1970 und 1990 für die herrschende Partei faktisch nötig als Ventil und späte Legitimationsstütze der „Diktatur der Arbeiterklasse“, wurde erst nach dem überraschenden Zusammenbruch des Systemversuchs von den Zeithistorikern jene gesellschaftliche Relevanz zugemessen, die von der SED lange geleugnet wurde. Als einzig verbliebene nichtstaatliche „Massenorganisation“ mit beschränkter Autonomie waren ihre Möglichkeiten und ihr Mantel Gradmesser der Partizipationsmöglichkeiten andersdenkender und unangepaßter DDR-Bürger. Denn an der Basis erlebten wir die DDR-Wirklichkeit beim Rückzug in gesellschaftliche Nischen nicht nur als kleines Glück in der Familie, der Datsche und im Arbeitskollektiv. Unsere Wirklichkeit war stets auch eine Geschichte von kleinlicher Erniedrigung und der alltäglichen Heuchelei, ein Leben mit der Lüge im Staat DDR. Während im Westen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen geschah, war das in der DDR andersherum. Die Partei hatte immer recht. Echte Güte und Herzenswärme wurde durch den warmen Mief des stacheldrahtgesicherten Stalles ersetzt, in dem sich die Untertanen der Partei wiederfanden. An mentalen Defekten wie Verrat, Selbstbetrug und an der fehlenden Wahrhaftigkeit ging dieses System schließlich zugrunde. Dagegen wurde in den Kirchengemeinden oft ein Refugium der Wahrheit gesetzt. Die Erwartung von Mut und Zivilcourage von Pfarrern, kirchlichen Mitarbeiter und vor allem von den evangelischen Bischöfen bedeutete Hoffnung für die Gemeindeglieder in dieser von einer atheistischen Diktatur geprägten Welt.

An Opferakten entlang geschrieben

Diese Publikation orientiert sich entlang des kirchlichen Handelns für Bürger- und Menschenrechte. Quer durch die politischen Grundbekenntnisse standen im Görlitzer Kirchengebiet immer wieder Christen auf, die den „Mund aufgaben für die, die ohne Stimme sind“. Dieses Handeln hatte der DDR-Gemeindedienst in sogenannten Operativen Vorgängen (OV) und Operativen Personenkontrollen (OPK) dokumentiert, die mit meist diffamierenden Opferdecknamen versehen wurden. Entlang dieser Akten ist diese Arbeit weitgehend verfaßt. Leider dominiert heute der Blick auf die Täter mit dem Wunsch, deren IM-Akten sachkundig werten zu können. So kam ich nicht umhin, auch beispielhaft das Wirken dieser tragischen Personen oder auch Judasfiguren darzustellen. Eine Zwischenkategorie, die oft

uch Zivilcourage illustriert, stellten einige hier zitierte IM-Vorlauf-Akten ar. Aus diesen meist schmalen Bänden mit vorläufigen Decknamen tauchen Menschen auf, die das MfS zwar als geeignete Kandidaten für eine pitzelkarriere betrachtete, die jedoch zu 80 % nach dem Anwerbungsgepräch vertrauliche Kontakte ablehnten. Gespräche allein qualifizierten och nicht zum „geworbenen“ IM. Entscheidend war die Vertraulichkeit der Konspiration, also wen der IM-Kandidat in den Augen des Staates und er Partei mehr Vertrauen schenken zu schien.

Parallel existierten für uns in der DDR immer zwei Verhaltensentendenzen egenüber der repressiven Despotie der Partei und seiner Vertreter. Den Weg der Anpassung und Vorteilsnahme, sowie den der früheren Konfrontation, des Karriereverzichts und späteren Widerstand. Der wurde meist nicht aktiv geleistet, sondern manifestierte sich einfach in selbständigen, inkorrumpierbarem Denken und Handeln aus dem christlichen Glauben heraus. Die Görlitzer Kirchenleitung und einige Bischöfe orientierte sich bei der späteren fatalen Entwicklung von Vertrauen in den DDR-Staat auch in der Entspannung der weltpolitischen Lage. Diese umfangreichen Wechselwirkungen darzustellen, muß weiteren Publikationen vorbehalten bleiben. Ausführlicheres ist nachzulesen in den bekannten Publikationen von Besier, Leubert, Pollak und Henkys.¹

Den aus sehr unterschiedlichen bis gegensätzlichen Zielvorstellungen resultierenden Widerspruch zum DDR-Staat könnte man chronologisch gliedern.² Aus den 50er und 60er Jahren verbliebene „Traditionalisten“ (die im grundsätzlichen Widerspruch zur marxistischen Lehre verharreten) standen eben der großen Gruppe der „Loyalisten“ (die in der gouvernementalen protestantischen Tradition den status quo aufrechterhielten). Dazu wuchsen in den 80er Jahren „Kerne des Widerstandes“ (Gruppen und Personen, die am Sozialismus nicht rütteln wollten, ihn jedoch als inhaltsleer delegitimierten, indem sie ‚seine‘ Ziele Frieden, Gerechtigkeit und Menschenrechte konkret einforderten). Die oft in den Akten gefundene Rücksichtnahme auf staatliche Interessen, Selbstzensur und innerkirchliche Disziplinierung in der als unaufhebbar erscheinenden Wechselbeziehung zwischen Staat und Kirche konnte keine Entschuldigung sein für das Stillehalten in einem preußischen Unrechtsstaat, der sich mit seinen Gesetzen selbst exulperte und Zweifel an der Lehre der Partei wie ‚Gotteslästerung‘ hart bestrafte. Wo durch Entgegenkommen von Kirchenführern versucht wurde, rechtsstaatliche Elemente in der DDR zu stärken, war meist der psychologisch einfühlsam arbeitende Geheimdienst schlauer. Statt des Verwehres dokumentieren die meisten Görlitzer IM-Erfassungen daher eher den Fortschritt oder die langfristig angelegte Zermürbung der Führungskräfte unserer Kirche. Manche Biographien wurden allerdings vor 1989 erheblich beschädigt. Diese Opfer von Disziplinierungs-, Verunsicherungs-, Diffamierungs- und Zersetzungsmaßnahmen des DDR-Geheimdienstes MfS haben heute ein Recht auf Transparenz und Offenlegung der Ereignisse hinter den

Reinhard Henkys: *Die Kirchen im DDR-Staat zwischen Anpassung und Widerstand*. In: Weber, *Der SED-Staat* Olzog München 1994

Erhard Neubert: *Überleben statt Überholen. Kirchen im Umbruch der 70er Jahre*. In: *Wissenschaftszentrum NRW 1994/95*

Kulissen. Akten lügen nicht. Der mündige Leser mag selbst entscheiden, ob er die hier zusammengestellten, durch zweijährige Recherchen in neun Archiven aufgefundenen lokalen Begebenheiten beurteilt oder verurteilt. Die Quellenkritik und Zeitzeugengespräche ergaben, daß sich im wesentlichen die tragischen, couragierten und banalen Handlungen zwar so zugetragen haben, die Archive (EKU, Räte der Bezirke, MfS) aber jeweils andere Schwerpunkte wiedergeben. Damit ist jedes Dokument nur eine Annäherung an die Wahrheit, das durch Zeitzeugengespräche komplettiert werden mußte. Der Staat hatte zwecks Übersichtlichkeit ein Interesse daran, Kirchenmitarbeiter allein in reaktionär, loyal und progressiv einzuteilen. Ein Anliegen war mir, auch die Grautöne darzustellen und trotzdem noch die verschiedenen Überzeugungen herauszuarbeiten. Vor allem entlang des bis heute nicht ausdiskutierten Ausreisetabus, der Wahrnehmung des Menschenrechtes auf Freizügigkeit, entzündeten sich die Kontroversen. Obwohl ich ein allgemeines Schweigen über die jüngste Kirchengeschichte in Görlitz feststellen mußte, danke ich folgenden Zeitzeugen für ihre Bereitschaft zum Gespräch und Auskünften: L. Ammer, Th. Brendel, G. Bunzel, Ch. Bunzel, H.E. Fichtner, H.J. Fränkel, F. Gerlach, M. Gnüchtel, H.D. Gollner, H. Havenstein, Ch. Heinke, D. Heise, Ch. Ilgner, S. Kranich, H. Linke, P. Lobers, M. Loyal, U. Maiwald, A. Müller, R.-A. Müller, A. Naumann, F. Neumann, E. Opitz, H. Reichelt, J. Rogge, F. Schirrmeister, M. Schmidt, H. Schneider, M. Stichel, E. Schulze, F. Tschuch, F. Vogel, D. und H. Wähler und U. Wollstadt.

Eine zweite, geheime Gesprächsebene zum Staat wurde errichtet

Nachdem der DDR-Staat im Laufe des offenen Kampfes gegen die Kirche in den 50er Jahren erkannt hatte, daß das offensive Vorgehen die Gemeinden mit den Kirchenleitungen eher noch mehr zusammenschweißte, orientierte er auf eine hinterhältigere Vorgehensweise. Der sogenannte „Differenzierungsprozeß“ bedeutete im Sinne des Staatssicherheitsdienstes im Rahmen des „politisch-operativen Zusammenwirkens“ (POZW) nicht allein das Herausarbeiten von Differenzen unter den Geistlichen, sondern vor allem das Verursachen von Differenzen. Ab 1970 mußten die Räte der Städte, Kreise und Bezirke beim Referat Staatspolitik in Kirchenfragen des jeweiligen Rat des Bezirkes regelmäßig Monatsberichte vorlegen und im Rahmen des POZW zuarbeiten, mit welchen Kirchenvertretern mit welchem Ergebnissen gesprochen worden war. Die zuständigen Staatsvertreter, Stadträte und Referenten für Inneres und Kirchenfragen berichteten detailreich fast immer mehrfach: an die Partei und als IM an das MfS³.

³IME „Lutz Walther“ 1971 - 1990 (lt. MfS-Karteikarte F16/F22 Gerhard Lewerenz, Rat des Bezirkes Dresden, Sektorenleiter Kirchenfragen)

IME „Reinhard“ 1982-1990 (lt. MfS-Karteikarte F 16/F 22 Werner Erbe, Rat des Bezirkes Cottbus, Sektorenleiter Kirchenfragen)

FIM „Gerhard“ 1969 - 1985 (Herbert Liesaus, Rat der Stadt Görlitz, Referent Inneres/Kirchenfragen)

Allein die „überwinternde“ katholische Kirche verbot durch ihre hierarchische Struktur ihren Geistlichen Gespräche mit Staatsvertretern und bestimmte dafür einzelne Würdenträger. Sobald diese sich jedoch regelmäßig mit ihm als solchen bekannten Geheimdienstoffizieren traf, wurden sie, abhängig von individueller Zutraulichkeit und Bereitschaft zur Verschwiegenheit, ebenfalls als IM des MfS registriert⁴.

Gleiches geschah im Görlitzer Kirchengebiet einem Konsistorialrat und anderen Kirchenführern, die sich, besonders ab Mitte der 70er Jahre, auf regelmäßige Gespräche mit Geheimdienstlern einließen und dabei Vertraulichkeit zusichern ließen⁵. Während der Deckname dem „Stein“ 1970 noch erläutert wurde und sein Verständnis fand, wurde er „Bruder“ nach 1977 nie mitgeteilt.⁶ Gleichzeitig galt jedoch grundsätzlich für Gemeindeglieder, Pfarrer, Superintendenten und kirchliche Angestellte, bei Vertretern von Staat und Geheimdienst nur zu zweit zu erscheinen. Das Gesprächsprotokoll an das Konsistorium war Pflicht. Diese Regelung Bischof Fränkels bewahrte viele kirchliche Mitarbeiter vor einer geschickten Anwerbung. Hätte die geplagte Kirchenbasis damals die Existenz dieser weite Gesprächsebene an der Kirchengspitze geahnt, hätten wir sie vielleicht auch hilfreich nutzen können für Betroffene der Willkür im Bildungswesen, für ökologische oder humanitäre Zugeständnisse des Staatsapparates. So jedoch, wie sie uns heute aktenkundig überliefert sind, stellen diese vertraulichen Geheimdienstkontakte unserer müde gewordenen Kirchenführer eher fatale persönliche Selbstüberschätzungen dar, verbunden mit peinlichen Vorteilsnahmen wie Westreisen, Bildbänden, Meißner Porzellanvase, Kristallservice und teurem Kognak. Selbst Manfred Stolpe äußerte sich nach dem Abschluß der EKD-Vorermittlungen gegen ihn nachdenklicher zu seiner schillernden Rolle zwischen Partei- und Kircheninteressen im DDR-Staat:⁷

„... Man war manchmal in der Gefahr einer gewissen Hybris und gab sich der Illusion hin, mit dem System von gleich zu gleich verhan-

IME „Michael“ 1985 - 1990 (Jürgen Werner, Rat der Stadt Görlitz, Referent Inneres/Kirchenfragen)

IME „Referent“, IME „Praktikant“, IME „Ernst Barthel“ (Erbe; D.; Kohla. Alle MA abt Inneres, Kirchenfragen Rat des Kreises/Stadt Hoyerswerda,)

¹IMB „Dom“ (Günter Hanisch, Leipzig), IMB „Konstantin“ (Othmar Faber, Dresden). Der für Görlitz zuständige Generalvikar Birkner wurde nicht als IM geführt.

²Gl „Schloß“ (1961 - 1975), „Stein“ (1970 - März 1989) und „Bruder“ (1977 - 80). Bischof Wollstadt lehnte die Gespräche ab.

³Diese Unklarheit hatte Methode. Bereits 1966-1968 wurde so ein sächsischer Pfarrer registriert: „... Von einer schriftlichen Verpflichtung wird Abstand genommen. Ohne sein Wissen erhält der Kandidat den Decknamen ‚Einsiedel‘. ... Der Gl betrachtet die alle 3 Monate erfolgten Treffs als zwanglose Gespräche.“ (IMS Einsiedel“ XIV/1213/66 (Friedrich M., geb. 1930)

⁴Interview in „Publik Forum“ 16/95 vom 25.8.1995, S. 6 ff (Obwohl Stolpe vom Potsdamer Jugendpfarrer Manfred Domrös 1982 über die Inhaftierung des Autors, den die Brandenburgische Kirche als Jugendleiter ausbildete, informiert wurde, betonte er sich nicht in seinen Geheimverhandlungen für den von amnesty international betreuten politischen Häftling ein.)

deln zu können. ... Die Kirchen müssen auch mit den schärfsten Vertretern einer Diktatur verhandeln. Aber es muß dann auch innerhalb der Kirchen eine Form der geschwisterlichen Wahrnehmung geben von dem, was ihre Unterhändler tun. Es gab in meinem Fall vielleicht dreißig Leute, die ungefähr wußten, worüber ich redete und mit wem ich mich traf - aber die wußten es nur punktuell, da gab es Kontinuitätsrisse.“

Staatliche Einflußnahme durch paranoide Gespräche

Später wurde diese Praxis der Differenzierung durch „Gespräche“, vor allem mit Hilfe von tiefeschürfenden Analysen der von der Staatssicherheit geleiteten Juristischen Hochschule Potsdam (JHS), immer mehr verfeinert und um die Kirchenvertreter herum Netze der Dankbarkeit und Abhängigkeit zum Staat gewoben. Die Ostberliner Psychologin Dr. Ursula Plog beschreibt diese Art Gespräche mit Staatsvertretern heute als „paranoide Kommunikation“⁸:

„Eindeutig scheint mir belegt, daß tiefe, fundamentale, lebensnotwendige Gefühle von Menschen ausgebeutet wurden. Ihr Vertrauen wurde gewonnen und getäuscht. Institutionen, von denen man Hilfe erwartet und von denen Hilfe ausgeht, wurden zur Zerstörung benutzt. Zerstört wurden Menschen, vor allem aber die Idee des authentischen Diskurses und des Vertrauens zwischen Menschen. Daß es keinen authentischen Diskurs gab, hatte Auswirkung auf alle DDR-Bürger. Es entstand eine paranoide Kommunikation und damit fanden pathologische Diskurse statt, die die Menschen im Sinne der Persönlichkeitsbildung beeinflussten. Bei dieser Ausbeutung der Gefühle von Menschen handelte es sich durchaus um eine ‚Kolonialisierung der inneren Natur des Menschen‘. Da mit den fundamentalen Bedürfnissen der Menschen nach Anerkennung, Angstreduktion und Sicherheit manipulierend gearbeitet wurde, fand eine Besetzung der Persönlichkeit statt.“

Ziel der DDR-Staatspolitik in Kirchenfragen wurde nach der KSZE-Konferenz 1975 die langfristige, vertrauensvolle und persönliche Bindung evangelischer Kirchenführer an die politischen Auffassungen der SED. Damit verbunden war die Erwartung, daß die Bischöfe zu Menschenrechtsverletzungen in der DDR öffentlich schweigen und solche „Fälle“ über die neu geschaffenen vertraulichen Kanäle erledigen. Parallel dazu entwickelte Bischof Fränkel als Versuch einer konfliktminimierenden Annäherungspolitik an die weltliche Obrigkeit die „Position der Kirche zwischen Akklamation und Konfrontation“.

Gleichzeitig setzte sich im Görlitzer Kirchengebiet der Widerstand gegen das staatlich gewünschte Schweigen als Nachwirkung der traditionellen Linie des „Kirchenkampfes“ und des gesellschaftlichen „Wächteramtes der

⁸Berliner Zeitung vom 13.7.1995, S.4 nach einer Wiedergabe von Jürgen Fuchs

Kirche“ in Kirchenkreisen wie Weißwasser und Niesky fort. In der sozialistischen Musterstadt Hoyerswerda-Neustadt wurden zwischen 1970 und 1990 alle Pfarrer des „Martin-Luther-King“-Hauses aus Furcht vor linker Gesellschaftskritik als feindlich-negativ in OV und OPK bearbeitet. Das spätere, zutiefst menschliche Versagen Einzelner in der Görlitzer Kirchenspitze kann diesen Teil unserer Geschichte nicht verdecken, auch wenn mitunter die selben Menschen versagten, die Jahre zuvor mutig aufstanden waren. Prägend bleiben deren klare Worte und Taten in den Zeiten der Diktatur, auch wenn sie in dieser ersten Veröffentlichung zur jüngsten Geschichte unseres Kirchengebietes nur beispielhaft dargestellt werden können. In den frühen Bischofsvorträgen D. Fränkels auf den Synoden kam dieser Mut zu deutlichen Worten immer wieder zum Vorschein. 1973 prangerte der selbst im OV „Martyrium“ mit anonymen Kirchmähbriefen überzogene Kirchenführer an:⁹

„Zur öffentlichen Verantwortung der Kirche gehört der Einsatz für die Leidenden und Entrechteten. Unkritische Akklamation für politische Zielsetzungen kann man von uns nicht erwarten. Höchst verdächtig ist der dringliche Wunsch, sich jede Störung vom Leibe zu halten, denn das führt die Kirche in eine lähmende Situation der Unwahrhaftigkeit. Die Kirche darf nicht mitregieren, sondern hilft den Menschen, an die Macht des Schöpfers zu glauben. So wird jeder ideologische Absolutheitsanspruch relativiert. Bestehende Gegensätze dürfen nicht in unwahrhaftigem Versöhnertum verschleiert werden, sondern müssen ausgetragen werden. Um der Liebe Gottes willen dürfen wir die Erziehung zum Haß nicht mitmachen.“

Im Jahr später begann eine Wandlung in der Görlitzer Kirchenpolitik. „Im Synodalvortrag 1974 habe sich der Bischof bemüht, positive Anklänge zu erkennen. Er hat eine gewisse Realität verstanden“, so OKR Juergensohn, er damals gemeinsam mit dem Bischof im OV „Martyrium“ verunsichert wurde, zu einem hohen Staatsvertreter.¹⁰ Mag sein, daß Fränkel seines einmüden Kampfes müde wurde und die durch Ignorieren des Staates verursachte Zermürbung hinzu kam. Der Kirchenbasis ging die staatsnahe Entwicklung ihrer obersten Vertreter jedoch bald zu weit. Nachdem Bischof Fränkel Anfang 1977 durch Diskussionen mit dem Initiator eine Unterschriftensammlung in Görlitz gegen die Ausbürgerung des Liedermachers Volf Biermann verhindert hatte, weil „die Regierung in dieser Situation die Hand haben müsse“, sei er nun¹¹

Bischof Fränkel auf der Frühjahrssynode 1973 in *epd-Dokumentation 17/73*, herausgegeben von Reinhard Henkys

⁹ Sächs. Hauptstaatsarchiv RdB 47524, S.396 ff. „Gespräch privat“ mit Dr. Dohle im RdB Dresden am 23.4.74“

BStU Ast. Dresden „Bruder“ XII/819/77 (AIM Dre. 3374/80) Teil I, S. 86. Dankenbesuch vom Hauptabteilungsleiter (Staatssek. für Kirchenfragen), Weisse gemeinsam mit Lewerenz und Ullmann bei D. Fränkel in Rothenburg am 15.2.77

„ ... von verschiedenen Seiten häßlichen Angriffen ausgesetzt. Verantwortliche Leute, nicht nur aus seiner Kirche, meinten, er sei in seinem Auftreten zu lasch geworden. Auch Hempel habe jemand ins Gesicht gesagt „Sie sind ein Verräter!“. Bei der Moskauer Konferenz der Friedenskräfte plädierte er für einen Beobachterstatus, weil er vom Glauben her nicht nachvollziehen könne, daß „alle Gläubigen der einen Wahrheit dienen“ würden. Ein Atheist unseres Kulturkreises stehe ihm näher als ein Buddhist.“

Bischof Albrecht Schönherr, den einflußreiche Kräfte ursprünglich 1977 als Präses der Bundessynode vom Cottbusser Generalsuperintendenten Forck ersetzt sehen wollten, sollte wegen seiner Teilnahme am Moskauer Weltkongreß vom sächsischen Ephorenkonvent sogar „zur Verantwortung gezogen“ werden¹². Der Leipziger Superintendent Stiehl wollte wissen, ob er denn die tatsächlichen Schwierigkeiten an der Basis kennen würde und wisse, daß laut marxistischer Konzeption im Sozialismus kein Platz für die Kirche vorgesehen sei. Schönherr's Antwort war verblüffend ehrlich: Sicher wisse er um die Schwierigkeiten an der Basis und daß es dem Staat letztlich darum gehe, die Kirche zu liquidieren. Er sei aber überzeugt, daß das Evangelium stärker sei als alle anderen Mächte. Er verwandte folgendes Gleichnis:

„Das Verhältnis von Staat und Kirche in der DDR ist das gleiche wie das von Katz und Maus. Die Maus hat nur die Möglichkeit, sich entweder ins Loch zu verkriechen oder der Katze gegenüberzutreten und sie zu überzeugen, daß es gegenwärtig nicht opportun sei, die Maus zu fressen“.

Wandlung mit den Strom der allgemeinen politischen Entwicklung

„Die SED ist die führende Kraft in unserem Staate, die von mir auch akzeptiert wird. Wer daran rüttelt, rüttelt an der Macht in diesem Staate. Das würde ich auch nicht zulassen, wenn die Kirche die Macht hätte. Fränkel sprach von immer größer werdenden Druck der Gemeinden auf die Kirchenleitung und diese wiederum auf seine Person wegen einiger ‚Fälle‘ meist aus dem Bereich Bildungswesen. Einige KL-Mitglieder würden es gern sehen, wenn die Staat-Kirche-Gespräche nicht mehr stattfinden. Der Kurs der Konfrontation habe für sie mehr Vorteile gebracht, es wären weniger ‚Fälle‘ aufgetaucht. Die Gemeinden und die Kirchenleitung erwarten, daß der Bischof eine schärfere Sprache sprechen soll.“

So klagte Bischof Fränkel 1977 in der Pause eines Spitzengespräches mit dem Rat des Bezirkes Cottbus in Bad Muskau gegenüber den Staatsfunktio-

¹² Sächs. Hauptstaatsarchiv RdB Dre. 79-10-00 Bericht von Dr. Horst Dohle (IME „Horst“) vom 7.4.1974

nären.¹³ Auch aus dieser Haltung erwachsen die Bemühungen um das Spitzengespräch der Konferenz der Kirchenleitungen am 6. März 1978 mit Erich Honecker. In der Hoffnung auf Erleichterungen wurden gemeinsame Interessen mit dem Staat definiert und die Diktatur der Arbeiterklasse als Obrigkeit akzeptiert. Doch neben den permanenten Mahnungen des Dautitzer Pfarrers Hennerjürgen Havenstein dokumentierten weiterhin Spitzelberichte die kritischen Haltungen vieler weiterer Theologen. So zweifelte Pfarrer Wilfried Baier, Leiter der Evangelischen Akademie Görlitz, bereits 1979 die „Ehrlichkeit des Staates“ an¹⁴ und beschrieb das Dilemma 1986 auf einem Kirchentagskongreß in Großschönau:

„Die Wurzel der Krankheit unserer Gesellschaft ist die Verlogenheit. Obwohl alle wissen, daß es nicht so ist wie dargestellt, müßten alle dahinterstehen. Diese Ansatzlüge ist äußerst verwerflich. Ich bin zwar kein Staatsfeind, habe aber bei der Wahl mit ‚Nein‘ gestimmt und meine Gemeinde zum Aufsuchen der Wahlkabine aufgefordert“.

Auch der auf die Bibel orientierte Bischof Wollstadt griff in die Auseinandersetzung um das Tragen der Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“ mit seinem Bischofsvortrag auf der Synode 1982 ein¹⁵, nachdem er sich wenige Monate zuvor konsequent den vertraulichen Gesprächsangeboten von MfS-Major Babucke und Oberst Rolle endgültig verweigert hatte:¹⁶

„Jeder Vorschlag zur Verminderung der Kriegsgefahr findet unsere Unterstützung. Wenn wir heute nicht schreien, könnte es eines Tages dafür zu spät sein. Wir erinnern an unsere wiederholte Bitte, die Durchdringung aller Lebensbereiche mit dem Militärischen zu stoppen. Dem Cottbuser SED-Sekretär Werner Walde habe ich in einen Brief geschrieben, daß er das Anliegen des ‚Sozialen Friedensdienstes‘ verfälscht, wenn er diesen als ‚friedens-, sozialismus- und verfassungsfeindlich‘ bezeichnet“.

Anfang der achtziger Jahre registrierte gleichzeitig der Görlitzer MfS-Major für Innere Abwehr, Horst Babucke, zufrieden Treffberichte von einem Konsistorialrat, zwei Kirchenleitungsmitgliedern, dem lokalen Superinten-

¹³ Brand. LHA Ast. Ctb. Rep. 801/B 5557 Spitzengespräch KL Görlitz mit RdB Ctb./Dre. (Deysing, Kappelt und Ullmann, Johne) im HO Stadtcfe Bad Muskau am 1.12.77; ebenso „Bruder“ S. 94 ff. (Pausengespräch Deysing mit Fränkel, 3. S.) und SHStA Dresden, RdB 47515, S. 374 „Der Bischof, erklärte Dr. Winde, müsse in der KL seine ganze Autorität einsetzen, um eine Meinungsänderung bei den Mitgl. der Kirchenleitung zu erreichen, die nicht am Gespräch teilzunehmen. wollten“

¹⁴ BStU Ast. Dresden OV „Mission“ Reg.-Nr. XIII/2077/80 (AOP Dre. 734/87) Teil I, S.165 und 175 Berichte des IMB „Winter“ (Erwin Walter) vom 5.3.79 und der IMB „Eckstein“ (lt. MfS-Kartei Pf. Dr. Orphal, Horst) vom 9.7.86

¹⁵ Evangelisches Zentralarchiv EZA 108-10452-1 Bd. VI auf der Märzsynode 1982

¹⁶ Vorlauf Reg.-Nr. XIII/1280/79 „Freund“ (AIM-Vorlauf Dre. 4059/81) Wegen Verletzung der Konspiration vor der KL ohne Werbung archiviert.

dentem, dem Landesjugendpfarrer und einen weiteren hohen Kirchenführer. Direkter Verrat war jedoch selten. Durch besonderen Eifer und Detailreichtum zeichneten sich allein die IMB „Winter“ (KL), „Sturm“ (CDU) und „Turf“ (AGAS) aus. Vor allem an der Kirchenbasis widerstanden jedoch viele kirchliche Mitarbeiter, Pfarrer und Superintendenten dem Werben der Staats- und Geheimdienstvertreter mit privaten Vorteilen wie Westreisen, Urlaubsplätzen, Titeln und Geschenken.

In den Räumen der Görlitzer Reformierten Gemeinde traten ab Mitte der 80er Jahre kritische Liedermacher auf, in der Wochenzeitung „die Kirche“ publizierten Bürgerrechtler wie Konrad Weiß, Stefan Bickhardt, Axel Noack und Stefan Berg. 1988 bildeten sich neben sehr aktiven Übersiedlergruppen, die ihr Menschenrecht auf Freizügigkeit einforderten, in Görlitz und Hoyerswerda mehrere Umweltgruppen. Sie leisteten Widerstand, indem sie die Legitimationskerne des SED-Staates einforderten und so das Regime als hohl enthüllten. Obwohl es um Nutzung von Autonomiespielräumen und Verbesserung des Sozialismus ging, wurde aus jeder Aktion ein Sargnagel für das vergeiste, nur noch auf Machterhalt bauende System.

Neben jene, die bereits vor 1975 aus konservativen, vom Glauben und der Erfahrung des Kirchenkampfes geprägten Beweggründen dem atheistischen Jubelzwang des DDR-Staates ablehnend gegenüberstanden, traten so in den achtziger Jahren Menschen, die aus progressiver Überzeugung oder einfach aus humanistischen Beweggründen die von der Obrigkeit verordnete Verlogenheit nicht mehr mitmachen wollten. Ihre selbstverständliche Aufrichtigkeit verstehen viele von ihnen bis heute nicht als Widerstand, obwohl diese Verweigerung der Verlogenheit, die selbstbewußte Absage an angepaßtes Verhalten dem DDR-Staat die Basis nahm und den Zusammenbruch beschleunigte. In den Sächsischen und Brandenburger Staatsarchiven sowie vor allem in den ausführlichen Dokumenten des preußisch-peniblen Staatssicherheitsdienstes sind ihre Namen verzeichnet.

*Ich widme dieses Buch
den Pfarrern Ilgner, Wähner, Havenstein, Müller, Neumann, Kohli,
Roch, Weidauer, Göllner und Schneider,
den Superintendenten Maiwald, Hellmann, Müller und Lobers,
den Konsistorialräten Bunzel, Winde und dem frühen Bischof Fränkel,
den Diakonen Reichelt, Heise, Tschuch, Jahn, Heinke, den
Umweltaktivisten Thomas Görnert, Marcus Richter und
denen des „Neuen Forums“ Dr. Goertchen, Silke Naumann,
J. Rudolph, R. Antkowiak und den Ärzten Martin Stichel und
Axel Nischwitz, der viel zu früh starb.*

Roland Brauckmann

MINISTERRAT DER
DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
MINISTER FÜR STAATSSICHERHEIT



KOPIE

ALS ZEICHEN DER ANERKENNUNG
HERVORRAGENDER VERDIENSTE
BEI DER UNTERSTÜTZUNG DES
MINISTERIUMS FÜR STAATSSICHERHEIT
WIRD

Erwin Walter

BSU

VERDIENSTMEDAILLE
DER NATIONALEN VOLKSARMEE
IN Gold
VERLIEHEN

Berlin, den 8.2.1980

Mielke
Minister für Staatssicherheit



URKUNDE

Im Namen des Ministerrats
der
DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK



KOPIE

BSU

Berlin, den 8.2.75

64

Görlitz im Dezember 1977

BSU
000573

Mielke
Minister für Staatssicherheit

Sehr geehrter Genosse Walter!

Durch Ihren vorbildlichen tschechistischen Einsatz war es Ihnen möglich, eine wichtige Funktion im Rahmen des Bundes Evangelischer Kirchen in der DDR einzunehmen. Als Tschechisten ist uns klar, daß dieser Erfolg eine neue Etappe einer klugen und umsichtigen konspirativen Arbeit auf diesem Gebiet einleitet.

Die Torpedierung der Friedensanstrengungen der sozialistischen Staatengemeinschaft durch den Imperialismus und die klerikalen Rechtskräfte erfordert vom Ministerium für Staatssicherheit und Ihren Rundschaftern, die Pläne und Absichten des Gegners zu entlarven.

Für die kommenden Aufgaben wünsche ich Ihnen Erfolg, Gesundheit und Schaffenskraft.

Zum Jahreswechsel 1977/78 zeichne ich Sie mit
Prämie von

200,- Mark

Erwin Walter
Oberstlt.

Görlitz, den

Erwin Walter

Auszeichnungen des
Ministeriums für Staats-
sicherheit für den
lieben „Genossen“
Erwin Walter, der in der
Kirchenleitung bis 1986
unter dem Decknamen
IMB „Winter“
(Reg.-Nr. XIII/1764/64,
AIM Dre. 6830/90)
treuen Dienst tat.

Zwischen Nationalsozialismus und Sozialismus: „Wir haben die Menschen mehr gefürchtet als Gott!“

Der Breslauer Pfarrer und spätere Präses Ernst Hornig ordinierte 1939 einen jungen Vikar namens Hans-Joachim Fränkel. Nach Ansicht des Breslauer Konsistoriums illegal, aber ausgestattet mit der Legitimation der „Naumburger Synode“ der Schlesischen Kirche. Diese existierte parallel zur in Breslau tagenden Christopheri-Synode. Auf diese Weise fügte Ernst Hornig¹⁷ 1934 eine kleine Gruppe ihm ergebener Theologen aus dem Pfarrernotbund zum Bruderrat der „Bekennenden Kirche“ zusammen. Nicht aus persönlichem Machtinteresse, sondern als Reaktion auf den enormen Druck des nationalsozialistischen Staates. Seit April 1933 bemühte sich in der von Hitler verordneten „Reichskirche“ die einflußreiche Gruppierung der „Deutschen Christen“ unter dem opportunistischen Reichsbischof Ludwig Müller um eine Gleichschaltung der evangelischen Landeskirchen. Müller verfügte, daß alle rechtlichen Befugnisse mit sofortiger Wirkung auf ihn übergehen sollten. Gegen Pfarrer Hornig wurde folgerichtig 1934 ein Disziplinarverfahren eingeleitet¹⁸.

„Ziel des Disziplinarverfahrens ist eine Amtsenthebung wegen ‚Widerstandes gegen das Kirchenregiment‘ und damit Unwürdigkeit des Vertrauens, das der Beruf des Pfarrers mit sich bringt“.

Eingestellt wurde es nach Protesten aus der schlesischen Pfarrerschaft, Hornig blieb seinem Kurs treu. Trotzdem konnte er sich nicht durchsetzen. In der Kirchenleitung und im Konsistorium fand die judenfreundliche Breslauer Stadtvikarin Karin Staritz bis auf Hornigs Bruderrat keine Unterstützung, als sie 1942 von der Gestapo inhaftiert und in das KZ Ravensbrück eingeliefert wurde. Die Kirchenleitung hatte sich frühzeitig auf eine Innenfront zurückgezogen und wandte sich nur noch selten gegen die Repressionen der Nationalsozialisten. Ausnahmen von diesem zögerlichen und opportunistischen Kurs wurden von der Kirchenführung nur bei staatlichen Diskriminierungen nichtarischer Christen gemacht.

¹⁷ Das Staatssekretariat für Staatssicherheit wird Bischof Hornig, OKR Fränkel und drei andere KL-Mitglieder 1951 - 1960 im Operativen Gruppenvorgang OV „Plakate“ XIII/119/51 (AOP Dresden 219/60) wegen der nächtlichen Entfernung von SED-Propagandaplakaten „Adenauer am Galgen“ von den Wänden der Dreifaltigkeitskirche überwachen, und Rufmord betreiben.

¹⁸ Referat Prof. Gottfried Hornig am 3.9.1994 in Görlitz. Weitere Quellen: Ehrenwirth: „Die schlesische Kirche im Kirchenkampf“ (1968); Fränkel: „Der Kirchenkampf in Schlesien“ (1987); Hilbrig: „Mitbeteiligter am Kirchenkampf“ (1992).

In dieser Zeit des Kirchenkampfes hatte innerhalb der Bekennenden Kirche nur die Preußische Bekenntnissynode Breslau den Mut, 1943 öffentlich ihre Stimme gegen den Mord an den Juden zu erheben¹⁹. Im Oktober 1945 war von der EKD das „Stuttgarter Schuldbekenntnis“ zum dem unendlichen Leid, das von Deutschen über andere Völker gebracht wurde, beschlossen worden. Ausgerechnet Ernst Hornig war es dann, der in seinen Rundbriefen nach Kriegsende an die nach Westen verstreuten Gemeinden diese Selbstanklage noch konkretisierte.²⁰ Ergänzend zum „Stuttgarter Schuldbekenntnis“ sprach er 1948 auch die sonst tabuisierte systematische Vernichtung des jüdischen Volkes an:

„Die Haltung des deutschen Volkes ist antichristlich gewesen.. .. Die Flammenzeichen der Öfen, die die Menschenopfer verschlangen, waren die Antwort Gottes an das deutsche Volk! ... Wir haben die Menschen mehr gefürchtet als Gott, den Herrn. Wir haben zu Unrecht und Gewalttaten geschwiegen!“

Es folgte eine radikale Überprüfung der Pfarrerschaft der schlesischen Kirche. Deutschchristliche Amtsträger, soweit sie nicht bereits von sowjetischen Truppen verschleppt worden waren, wurden abgelöst. Auch mancher mit den Flüchtlingstrecks nach Westen geflüchtete Pfarrer, der sich zur gemäßigeren Christopheri-Synode gehalten hatte, wurde des Opportunismus zum Nationalsozialismus verdächtigt und nach Möglichkeit aus dem Amt entfernt. Das alte schlesische Konsistorium war erst nach Görlitz und später weit weg in den von US-Truppen besetzten Thüringer Wald umgezogen. In diesem Machtvakuum übernahm der ausharrende Freundeskreis der Naumburger Synode der „Bekennenden Kirche“ die Führung. Hornig, Fränkel, Jürgensohn, Bunzel, Reese und einige andere werden die Macht erst 35 Jahre später, mit dem Wegzug des späteren Bischofs Fränkel aus der DDR, wieder abgeben.

Mit Gründung der DDR wurde aus der Staatsmacht das „National-“ gestrichen, der „Sozialismus“ blieb. Gewohnt, das „Wächteramt der Kirche“ nicht einem „gutem Verhältnis zwischen Staat und Kirche“ zu opfern, verbreitete Bischof Hornig 1949 einen Hirtenbrief des Westberliner Bischofs Dibelius mit folgenden Kommentar in den Gemeinden²¹:

„In der Abteilung K 5 der Deutschen Volkspolizei ist die Gestapo unseligen Andenkens wiedererstanden. Es wird mit denselben Methoden gearbeitet wie damals.“

Die neue Staatsmacht nahm diese Auferstehungspredigt dem Bischof des Kirchenkampfes übel. 1951 eröffnete das MfS gegen ihn und mehreren Kampfgefährten des Görlitzer Konsistoriums den operativen Vorgang „Plakate“ wegen „der Entfernung der SED-Plakate „Adenauer am Galgen“

¹⁹ Bischof Fränkel, D.: „Was haben wir aus dem Kirchenkampf gelernt?“ Vortrag in der Dresdner Annenkirche am 8.11.1973 eps 43/73, Hrg. von Reinhard Henkys

²⁰ Dietmar Neß: „Bischof Hornig - Rundbriefe 1946 - 50“ Thorbecke Verlag 1994

²¹ Ref. Dr. Manfred Jacobs am 3.9.1994 in Görlitz (Auswertung des OV „Plakate“)

von den Wänden mehrerer Kirchen in Görlitz“. Das MfS klagte darüber, „daß kein IM im Konsistorium arbeitet und mitteilt, was Hornig mit Fränkel abspricht“. 1960 wird Hornig vom Staatssekretär Eggerath vorgeworfen, daß „die Görlitzer Kirche als einzige noch keine Föhlung mit dem Staatssekretariat für Kirchenfragen aufgenommen hat“. Das MfS stellt in einem Operativplan des OV „Plakate“ fest: „Die Schlesische Kirche besitzt keine Daseinsberechtigung!“²².

„Bischof Fränkel will den Atomtod für das deutsche Volk!“²³

Während in der Thüringer Landeskirche bereits mindestens ein hochrangiger Mitarbeiter des MfS im engeren Kreis um die Kirchenführung plaziert werden konnte²⁴, fand die sozialistische Obrigkeit im engsten Kreis der Görlitzer Kirchenleitung keinen Zutritt. Mühsam funktionierte ein gespannter Dialog über die DDR-CDU, wie ein internes CDU-Protokoll vom Januar 1957 vermerkte²⁵:

„Um den Kontakt mit der ev. Kirchenleitung in Görlitz nicht abreißen zu lassen, fand am 10. Januar 1957 eine Besprechung zwischen Herrn Bischof Hornig und OKR Fränkel in Görlitz statt. Voraus ging eine Rücksprache mit Unionsfreund Pf. Symanowski,²⁶ Bezirkspfarrer der Inneren Mission. Pfarrer Symanowski hält ständig engen

²² ders., 1957-1960 war Eggerath Staatssekretär für Kirchenfragen. In Görlitz gab es wirklich jahrzehntelang keine vertraulichen Gesprächskontakte zur sozialistischen Obrigkeit. Erst Ende der 60er Jahre berichtete neben dem IMV „Schloß“ der IMV „Sturm“ (CDU) Interna aus dem Konsistorium. 1970 begannen die Gespräche mit IM „Stein“ und 1974 suchte OKR Gerhard Juergensohn ‚privat‘ Kontakte zum Rat des Bezirkes Dresden. Der Staat mißtraute und bearbeitete ihn operativ mit Bischof Fränkel bis 1977 im OV „Märthyrium“ als Feind. Zur selben Zeit duldete die Sächsische Landeskirche OLKR Ulrich von Brücks (IMB „Zwinger“ AIM Dre. 4066/86) intensivere Gesprächskontakte zur Staatsmacht und dem MfS. Er wurde als IM erfaßt, da er die Gesprächsinhalte für sich behielt. Sein Nachfolger OKR Johannes Rau wurde nicht als IM erfaßt, da er sich inhaltlich mit dem LKA absprach.

²³ Sächsisches Hauptstaatsarchiv, Rat des Bezirkes Dresden, Sektor Kirchenfragen (künftig: SHStA, RdB Dre) Bestand Inneres 79-18-03, S.146 - anonymes Görlitzer Flugblatt (der SED oder MfS) gegen OKR Fränkel, siehe auch Fußnoten 9, 10

²⁴ GI/IMV „Karl“, Reg.-Nr. XII/820/55 und XI/10657/60 (AIM 3043/86) Gerhard Lotz, Oberkirchenrat, 6 Bände mit je 300 Berichten vorhanden. Lotz erhielt wegen seiner erfolgreichen Tätigkeit als kirchenpolitischer Einflußagent 1970 vom Minister Mielke die Verdienstmedaille der NVA in Gold und 1976 den Ehrentitel „Verdienter Mitarbeiter der Staatssicherheit“. Ermittelte den ‚Fraenumgang‘ Bischof Mitzenheims und meldete sich beim Berliner MfS-Hptm. Sgraja, der auch die Neuwerbung von ‚Stein‘ 1973 dem MfS Görlitz empfiehlt, telefonisch unter ‚Hier ist Karl‘.

²⁵ SHStA, RdB Bestand Inneres Bd. 57515 (79-18-09), S.123 ff. Protokoll des Bezirksverbandes Dresden der CDU, verfaßt von Mayer (Bezirksvorsitzender) und Kranz (Sekretär für Agitation und Propaganda) für die Berliner CDU (Ufr. Wirth).

²⁶ Horst Symanowski, geb. 1911, später Leiter der Gossner Mission in Mainz

Kontakt mit und informiert uns auch über besondere Probleme im Kirchenbezirk und über die in den Kirchenleitungen vertretenen Meinungen zu den die Kirche berührenden Fragen.“

Im weiteren Text lobte der Dresdner Agitpropsekretär Kranz die freundschaftlichere Atmosphäre, denn die vorhergehende Unterredung wäre „in Ton und Inhalt abweisender und ablehnender zur Partei erfolgt“. Er schilderte seinen Eindruck etwas gestelzt:

„Wenn es auch nicht ausdrücklich angesprochen wurde, spürt die Kirchenleitung, daß sie mit den bisher größtenteils betriebenen Formen und Praktiken in ihrer Arbeit nicht mehr an die überwiegende Masse der Christen herankommt, wie auf der vorjährigen Synode deutlich anklang. Es scheint daher notwendiger zu sein, sich welt- und gegenwartsaufgeschlossener zu zeigen. Die CDU erscheint dabei in neuer Beleuchtung.“

Bischof Hornig informierte die Unionsfreunde über eine Besprechung zwischen mehrerer Bischöfen und dem Ministerrat der DDR, die seiner Meinung nach im Ergebnis nicht befriedigen konnte. Da jedoch inzwischen vom Staat mehr Duldsamkeit zu spüren und beispielsweise Broschüren mit atheistischer Propaganda zurückgezogen worden wären, hätte er seine ursprüngliche Meinung über die Erfolglosigkeit dieser Unterredung revidiert. Erste Wünsche wurden laut.

„Bei der seelsorgerischen Betreuung der ev. Christen in der neu entstehenden Wohnstadt Hoyerswerda wurden wir gebeten, uns einzusetzen, daß in Hoyerswerda West und Ost je eine Kirche bei der Stadtplanung mit vorgesehen wird. Vor allem im östlichen Teil gibt es für ca. 30.000 Einwohner noch erhebliche Schwierigkeiten.“

Nachdem die Kirche für den Bau der neuen Stadt 15 Hektar Boden abgeben mußte, bat sie über die CDU um je 0,75 Hektar Grund für den Bau eines Gemeindehauses. Das Gustav-Adolf-Werk hätte die Finanzierung übernommen und wollte sich diesbezüglich mit Superintendent Gräfe in Verbindung setzen²⁷.

Vor allem der Oberkonsistorialrat Fränkel rückte jetzt ins Fadenkreuz der Obrigkeit. 1969 legte der Sektorenleiter Kirchenfragen beim Rat des Bezirkes Dresden folgendes „Faktenmaterial“ zum späteren Bischof an²⁸:

„Fränkel trat 1933 in den Dienst der Bekennenden Kirche. Von 1933 - 45 wurde er mehrmals von der Gestapo verhaftet, verbüßte auch eine Gefängnisstrafe von mehreren Monaten in Görlitz. Er

²⁷ Es werden noch 32 Jahre vergehen müssen, bevor die Staatsmacht nachgibt. Erst im Oktober 1989 konnte die evangelische Kirchengemeinde „Martin Luther King“ in Hoyerswerda-Neustadt ihr neues Gemeindehaus einweihen.

²⁸ SHStA Dresden, RdB 47524 S. 107 ff Faktenmaterial „Gespräche mit der KL des Görl. Kirchengebietes 74-85 Bd.II“

organisierte 1947 maßgeblich im Konsistorium die neue Leitung im Auftrag der Kirchenunion (Dibelius). Am 17. Juni 1953 war er mit einer der führenden Kräfte der Konterrevolution, die dem damaligen sowjetischen Kommandanten 3 Forderungen stellten

1. Übergabe der Macht an die Konterrevolution

2. Öffnung der Grenze zur VR Polen

3. Befreiung der politischen Gefangenen.

Die Kirchenleitung begünstigte die Befreiung und Unterbringung der Gefangenen aus der Haftanstalt Görlitz. Viele dieser ehemaligen Gefangenen wurden im Hotel „Stadt Dresden“ untergebracht. Ein halbes Jahr nach den Ereignissen im Juni wurde die Hotelrechnung durch die Innere Mission Görlitz bezahlt.

Im Mai 1958, als die EKD den Militärseelsorgevertrag behandeln wollte, forderte er die Verlegung der Synode nach Westberlin, weil man in der ‚Ostzone‘ nicht sicher sei. Damals forderten 19.235 Görlitzer Bürger in Resolutionen, daß Fränkel von den staatlichen Organen zur Verantwortung gezogen wird.“

Dazu soll hier ein im Mai 1958 aufgetauchte anonyme, jedoch säuberlich mit einer Druckgenehmigungsnummer²⁹ versehene Flugblatt wiedergegeben werden (Faksimile im Anhang):

„Jetzt müssen wir handeln! Die seit Monaten vorbereitete Tagung der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland ist ein Machwerk Adenauerscher Atomkriegspolitik. ... Dieser Anschlag gegen den Sozialismus schlägt jedem Bürger ins Gesicht. ... Oberkonsistorialrat Fränkel wohnhaft Görlitz, Langenstraße 37, trat in dieser Synode die Stimmung der Bevölkerung mit Füßen... Fränkel schürt die Flammen des Atomkrieges! Fränkel will den Atomtod für das deutsche Volk! Bleibt diesem Provo-kateur nichts schuldig! Gebt ihm heute, morgen und für alle Zeiten die gebührende Antwort!“³⁰.

Die Antwort Fränkels blieb dem Staat nichts schuldig. In einer Predigt am 15. Mai 1958 im sächsischen Rothenburg redete er den Staatsvertretern ins Stammbuch³¹:

„Fränkel sagte: ‚Solange man der Kirche in der DDR nicht die kirchlichen Freiheiten lassen wird, erkläre ich in aller Offenheit, daß ich mit meinen Füßen nicht auf dem Boden der DDR stehe!‘

1964 forderte er weiterhin auf der Provinzialsynode die Eltern auf, ‚Nein!‘ zu sagen zur sozialistischen Erziehung ihrer Kinder“.

Trotz dieser bedrohlichen Diffamierungen von seiten des Staates standen die Superintendenten und Pfarrer hinter Hornigs und Fränkels Kurs und

²⁹ 6156 III/14/5 luG 5 58 15 (Die III steht für die Druckerei, die 15 vermutlich für die Auflage 15.000)

³⁰ SHStA, RdB 47515, S. 146 „Gespräche mit Amtsträgern des Görl. Kirche 58-85“

³¹ „Faktenmaterial über die Person des Bischof Fränkel“